Wir haben es satt

**Aus eigener Erfahrung mit der Diktatur in der DDR
aus guter Erinnerung
an politischen Druck und Widerstehen
an Volksverdummung und Wahrhaftigkeit
an hohle Phrasen und aufsässige Verse
an militaristisches Gehabe und grundsätzliche Gewaltlosigkeit
an Bevormundung und Solidarität**

und aus jüngster Erfahrung mit der parlamentarischen Demokratie in der Bundesrepublik

wenden wir uns nicht an den Bundeskanzler, nicht an Rot-Grün, nicht an die Oppositionsparteien, sondern an Euch, einfache Bürger wie wir.

„Die Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft ist offensichtlich gestört."



Das war 1989 so. Und das gilt heute wieder.
Wir fühlen uns in wachsendem Maße ohnmächtig gegenüber wirtschaftlichen, militärischen und politischen Strukturen, die für Machtgewinn und Profit unsere Interessen in lebenswichtigen Fragen einfach ignorieren. Wir fühlen uns in unserer Auseinandersetzung mit den aktuellen Problemen unseres Landes und der Welt mehr und mehr an die uns wohlbekannten Übel der Diktatur erinnert.
So können wir uns zwar alle vier Jahre bei den Wahlen für eine von vielen streitenden Parteien entscheiden.
Wir stellen jedoch fest, daß die Programme dieser Parteien mit der Politik, die sie dann tatsächlich machen, kaum etwas zu tun haben.
Die politischen Losungen in der DDR waren selten lustig, sie werden in ihrer Hohlheit von den Wahlwerbungen der Parteien heute übertroffen.
Wir haben uns über das Abstimmverhalten der Volkskammerabgeordneten amüsiert. Angesichts des Abstimmverhaltens der Bundestagsabgeordneten ist uns das Lachen vergangen.
Wir haben es gelernt, hohle Phrasen und den sinnverkehrenden Gebrauch von Schlagworten zu erkennen und schadlos an uns abperlen zu lassen:
Früher: Ewige Waffenbrüderschaft; Unverbrüchliche Solidarität; Friedensdienst (mit der Waffe in der Hand); Erz für den Frieden (gemeint war das Uran der WISMUT für die russischen Atombomben); Mein Arbeitsplatz – mein Kampfplatz für den Frieden; Wer nicht für uns ist, ist gegen uns!
Heute: Kreuzzug gegen das Böse; Ewige Freiheit; Grenzenlose Gerechtigkeit; Uneingeschränkte Solidarität; Geschlossenheit; Wer nicht für uns ist, ist für die Terroristen!
Wir haben in der Revolution von 1989 Kopf und Kragen riskiert, um das verhaßte und verachtete System von Bütteln und Spitzeln in der DDR zu überwinden.
Wir hatten erwartet, daß nach dem Ende des Kalten Krieges auch die westlichen Geheimdienste abrüsten.
Keiner von uns hat jedoch damit gerechnet, daß nach Beendigung des Kalten Krieges die Telefonabhöraktivitäten steil ansteigen, daß die von uns abgerissenen Stasi-Videokameras nur durch neue ersetzt werden.
Wir sind entsetzt darüber, daß heute die Polizei zusammengestrichen und der Geheimdienst aufgeblasen wird. War denn alles umsonst? Wir wissen, wohin so was führt.
Keiner von uns hat damit gerechnet, daß ein schrecklicher Terroranschlag in den USA zum Anlaß genommen werden könnte, scheinbar unumstößliche Maßstäbe von Recht und Gerechtigkeitsgefühl in der ganzen westlichen Welt ins Rutschen zu bringen.
Wir haben nicht vergessen, wie die Gummiparagraphen des politischen Strafrechts der DDR uns die Luft abgeschnürt haben.
Wir greifen uns jetzt an den Hals, wenn wir lesen, mit welcher Leichtfertigkeit das Terrorismus-Bekämpfungsgesetz (der sogenannte Otto-Katalog) des Innenministers und die entsprechenden Entwürfe in anderen westlichen Staaten und auf europäischer Ebene Gummistricke drehen, die wir glücklich losgeworden zu sein gehofft hatten.
Wir sind verblüfft und entsetzt, daß unsere Sehnsucht nach Gerechtigkeit mit höhnischem Gelächter und dem süffisanten Verweis auf den Rechtsstaat beantwortet wird.
Wir sind entsetzt, wie selbstverständlich von hochrangigen Politikern gebilligt wird, daß die vermeintlichen Anstifter des Terroranschlags mit einer grotesk übermächtigen Militärmaschinerie umgelegt werden. Beweise für ihre Schuld? Geheim und wohl doch auch überflüssig! Haben deutsche Politiker bereits die amerikanische Begeisterung für die Todesstrafe übernommen?
Wir sind entsetzt, mit welcher Dumpfbackigkeit Gegnern des Kriegseinsatzes in Afghanistan entgegengehalten wird, daß Krieg gegen Terroristen helfen kann.
Weshalb traut sich niemand an die Waffenhändler in den USA und in der Bundesrepublik heran?
Weshalb versuchen die USA mit allen Mitteln, die Errichtung eines Internationalen Strafgerichtshofs zu verhindern? Natürlich wollen wir, daß ein unabhängiges Gericht und nicht der Oberbefehlshaber der stärksten Armee der Welt entscheidet, ob die vorgelegten Beweise eine Verurteilung der vermeintlichen Hintermänner des Terroranschlags rechtfertigen.
Wir sind entsetzt darüber, daß ganz nebenbei schon die Diskussion um die Anwendung der Folter salonfähig wird. Sind die Mächtigen in den westlichen Staaten nicht auf dem besten Wege, Verhaltensweise, Denkstruktur und Wertesystem einer Terroristenbande anzunehmen?
Wir haben es einfach satt.
Wir haben es satt, daß unter dem Banner von Freiheit und Demokratie gegen unsere Interessen regiert wird.
Wir haben es satt, uns für dumm verkaufen zu lassen.
Wir haben es satt, uns das platte Geschwätz auf Parteitagen anzutun.
Wir haben Volksvertreter satt, die unsere Interessen nicht vertreten und das auch noch als Erfolg feiern.
Wir haben einen Bundeskanzler satt, der um der Macht willen Abgeordnete dazu bringt, ja zum Krieg zu sagen, wenn sie nein meinen, und nein zu sagen, wenn sie ja meinen.
Wir machen nicht mit, wenn Kriegseinsätze mit Worthülsen wie „Verantwortung übernehmen", „der neuen Rolle Deutschlands in der Welt", mit „Politikfähigkeit" und „der Durchsetzung der Rechte der Frauen" verharmlost werden.
Wir verweigern uns diesem Krieg.
Nur eine Diktatur braucht linientreue Parteisoldaten. Demokratie braucht mündige Bürger. Lassen wir Medien, Parteien, Kultur und Wissenschaft nicht von röhrenden Funktionären gleichschalten.
Die erbärmlichen und erschreckenden Umstände der Rot-Grünen Entscheidung für den Krieg lassen keinen Raum mehr für parteitaktische Spielchen, für die Sorge um den eigenen warmen Arsch – machen wir endlich den Mund auf!
Berlin, 13. Dezember 2001

Foto: Christian Jongeblodt
Quelle: M.-Domaschk-Archiv Berlin

Sebastian Pflugbeil, *Berlin (Neues Forum, Gründungsmitglied; Mitarbeit Ökumenische Versammlung; Zentraler Runder Tisch; Mitglied der Stadtverordnetenversammlung von Berlin (Ost) a. D.; Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin a. D.; Minister a. D.; Nationalpreis 2000)* ***Wolfgang Ullmann,*** *Berlin (Demokratie Jetzt, Gründungsmitglied; Mitarbeit Ökumenische Versammlung; Bü90/Grüne; Zentraler Runder Tisch; Minister a. D.; Mitglied der Volkskammer; Mitglied des Bundestages a. D.; Mitglied des Europaparlaments a. D.)* ***Hans-Jochen Tschiche,*** *Groß-Ammensleben (Neues Forum, Gründungsmitglied; Mitarbeit Ökumenische Versammlung; Bü90/Grüne; Mitglied der Volkskammer; Mitglied des Bundestages a. D.; Nationalpreis 2000)* ***Leonore Ansorg,*** *Berlin (Initiative für Unabhängige Gewerkschaften)* ***Erika Drees,*** *Stendal (Neues Forum, Gründungsmitglied; Mitarbeit Ökumenische Versammlung)* ***Frank Ebert,*** *Berlin (Umweltbibliothek)* ***Almuth Falcke,*** *Erfurt (Sprecherin bei der Besetzung der ersten Stasizentrale)* ***Heino Falcke,*** *Erfurt (Probst i. R.; Stellvertretender Vorsitzender der Ökumenischen Versammlung)* ***Hans-Jürgen Fischbeck,*** *Mülheim (Demokratie Jetzt, Gründungsmitglied; Mitarbeit Ökumenische Versammlung; Mitglied der Stadtverordnetenversammlung von Berlin (Ost) a. D.; Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin a. D.; Bundesverdienstkreuz)* ***Olaf Freund,*** *Dresden (Neues Forum, Gründungsmitglied; Nationalpreis 2000)* ***Christian Führer****, Leipzig (Pfarrer in der Nicolai-Kirche; Friedensgebete; Montagsdemo; Theodor-Heuss-Medaille)* ***Bernd Gehrke****, Berlin (Initiative Vereinigte Linke; Zentraler Runder Tisch)* ***Hans-Peter Gensichen,*** *Wittenberg (Kirchliches Forschungsheim)* ***Friedrich Heilmann,*** *Potsdam (Bü90/Grüne; Landes- und Bundesvorstand a. D.)* ***Jan Hermann****, Pulsnitz (Neues Forum, Gründungsmitglied; Nationalpreis 2000)* ***Martin Hoffmann,*** *Berlin (Pankower Friedenskreis, Gründungsmitglied; Amnesty International, Sektion DDR, Gründungsmitglied)* ***Renate Hürtgen,*** *Berlin (Initiative für Unabhängige Gewerkschaften)* ***Martin Klähn,*** *Schwerin (Neues Forum, Gründungsmitglied; Nationalpreis 2000)* ***Thomas Klein,*** *Berlin (Initiative Vereinigte Linke, Gründungsmitglied; Zentraler Runder Tisch; Mitglied der Volkskammer; Mitglied des Bundestages a. D.)* ***Lothar König,*** *Jena (Pfarrer, Junge Gemeinde Jena-Stadtmitte)* ***Irena Kukutz,*** *Berlin (Neues Forum; Frauen für den Frieden; Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin a. D.)* ***Michael Kukutz****, Berlin (Neues Forum; ehem. Bundesgeschäftsführer)* ***Heiko Lietz,*** *Güstrow (Neues Forum; Mitarbeit Ökumenische Versammlung; B90/Grüne; Zentraler Runder Tisch)* ***Wolfgang Musigmann,*** *Erfurt (Offene Arbeit)* ***Arndt Noack,*** *Benz (SDP, Gründungsmitglied)* ***Christine Pflugbeil,*** *Berlin (Neues Forum, Gründungsmitglied; Ärzte für den Frieden; Nationalpreis 2000)* ***Peter Rösch (Blase),*** *Berlin (Jenaer Friedensgemeinschaft)* ***Wolfgang Rüddenklau,*** *Berlin (Umweltbibliothek, Gründungsmitglied)* ***Sabine Schaaf****, Berlin (Neues Forum, Bundesvorstand)* ***Walter Schilling****, Braunsdorff/Thür. (Kirche von unten)* ***Klaus Schlüter,*** *Schwerin (Grüne Liga, Gründungsmitglied; Zentraler Runder Tisch; Minister a. D.)* ***Walfriede Schmitt,*** *Berlin (Unabhängiger Frauenverband; Zentraler Runder Tisch)* ***Reinhard Schult,*** *Fredersdorf (Neues Forum, Gründungsmitglied; Zentraler Runder Tisch; Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin a. D.; Nationalpreis 2000)* ***Tom Sello****, Berlin (Umweltbibliothek)* ***Steffen Steinbacher,*** *Berlin (Neues Forum, Landesvorstand)* ***Marianne Subklew-Jeutner,*** *Greifswald (Initiative Frieden und Menschenrechte; Stadtbezirksverordnete Berlin a. D.)* ***Catrin Ulbricht,*** *Dresden (Neues Forum, Gründungsmitglied)* ***Hans-Jochen Vogel,*** *Chemnitz (Studentenpfarrer i. R.)* ***Klaus Wolfram,*** *Berlin (Neues Forum; Zentraler Runder Tisch; Haus der Demokratie und Menschenrechte)*

Wir haben es satt -

erste Bilanz eines zornigen Protests

Öffentlichkeit: Wir sind begeistert, wie viele Menschen unsere Erklärung inzwischen in die Hand bekommen haben. Innerhalb nur eines Vierteljahres haben rund 200.000 Leser unsere Internetseite angewählt, auf der der Text der Erklärung, die Unterzeichner/innen und eine Auswahl der eingegangenen Briefe zu finden sind. Die Erklärung wurde schnell auf zahlreiche andere Internetseiten übernommen.
Auch in Zeitungen und Zeitschriften wurde unser Text freundlich behandelt: Wir kennen Veröffentlichungen des vollen Wortlauts oder von Auszügen in der *Berliner Zeitung*, der *Frankfurter Rundschau*, dem *FREITAG*, dem *Neuen Deutschland*, bei *Spiegel-online*, im online-Archiv der *Zeit*, im online-Jugendmagazin der *Süddeutschen Zeitung*, in *Zeit-Fragen*, *Publik Forum*, bei *TELEPOLIS*, in *Archipel* und *Ossietzky*. Wenn Sie weitere Fundstellen wissen, schicken Sie uns doch bitte eine Kopie.
Es gab etliche Radio- und Fernsehinterviews mit verschiedenen Unterzeichnern des Textes, Herr Ullmann wurde von Frau Christiansen eingeladen. Wir alle haben seit 1989 Erfahrungen damit gesammelt, wie schwer es ist, in den Medien für ein konkretes Problem Gehör zu finden – bezüglich unseres Textes wurden wir angenehm überrascht, das Medienecho war deutlich besser als erwartet. Herzlichen Dank allen, die das bewerkstelligt haben.

Reaktionen: Noch mehr haben wir uns über das Echo von den Lesern selbst gefreut: Unser Text wurde überraschend genau verstanden, hat aber vielfach höhere Erwartungen ausgelöst, als die Urheber verwirklichen können. Telefonisch und schriftlich erreichte uns überwiegend Zustimmung, sorgfältig überlegt - aber auch ganz spontan in der ersten Begeisterung oder dem ersten Ärger. Viele Briefe waren so stark, daß wir beim Lesen schlucken mußten, weil sie so authentisch unsere eigenen innersten Gefühle trafen. Obwohl wir zunächst gar nicht daran gedacht hatten, Unterschriften zu unserem Text zu sammeln, gibt es inzwischen mehr als 600 weitere Unterzeichner. In anderen Beiträgen kam auch Kritik, sogar eine gewisse Häme, daß wir die gute alte DDR zerschlagen hätten und nun endlich – aber leider zu spät – erkennen würden, daß wir heute größere Probleme hätten als in der DDR. Es gab auch höhnisches Gelächter, wie lange wir gebraucht hätten, zu merken, wie die Politik funktioniert. Einige Briefe waren völlig resigniert. Überraschenden Beifall gab es von Personen und Organisationen, denen die scharfe Kritik an der gegenwärtigen Praxis unserer Politik gut gefiel, die aber eine Vision damit verbinden, die keiner der Erstunterzeichner teilt. Sie träumen von den Grenzen des Deutschen Reiches vor dem zweiten, ja sogar vor dem ersten Weltkrieg – wir bekommen bei diesem Thema eher Albträume. Um Mißverständnissen vorzubeugen: Wir haben die NPD, die unseren Text auf ihrer Internetseite angeboten hat, aufgefordert, den Text unverzüglich zu löschen.

Motivation und Anlaß: Wir wurden energisch wachgeschüttelt durch den schrecklichen Terroranschlag am 11. September. Wir mußten nicht diskutieren, ob den Opfern geholfen werden muß, ob die Täter vor Gericht gestellt werden müssen – das war selbstverständlich. Fast noch stärker als der Anschlag selbst traf uns allerdings die absurde Reaktion in der politischen Klasse der USA und dann auch in Deutschland. Es gab Denkverbote, Maulkörbe, eine Atmosphäre der Angst, Desinformation, Aufrüstung in Wort und Tat – lebendige Erinnerung an alte Zeiten. So entstand die Idee, die Situation unseres politischen Systems mit den Augen eines engagierten Ostbürgers zu sehen. Zweifellos gibt es viele verschiedene Blickwinkel, von denen aus man eine kritische Bestandsaufnahme der parlamentarischen Demokratie in Deutschland vornehmen könnte – der Blick mit Osterfahrung ist einer, von dem wir etwas verstehen. Wir sind nicht blind für andere Sichtweisen und hoffen, daß unsere Sicht der Verhältnisse auch bei anderen etwas zu Diagnose und Therapie unserer kranken Gesellschaft beiträgt.

Erstunterzeichner: Wer sind wir? Leute, die zu DDR-Zeiten versucht haben, ihren aufrechten Gang zu bewahren, die 1989 zu den einfachen Bürgern (die einige Leser uns nicht recht abgenommen haben) gehörten, die eine Diktatur zum Einsturz brachten. Wir übertreiben wohl nur wenig, wenn wir für eine gewisse Erfahrung im Umgang mit einer kranken Gesellschaft stehen. Viele von uns haben während des Umbruchs und viele Jahre danach Politik mitgestaltet – in Parlamenten aller Ebenen, verschiedensten Organisationen und Vereinen und auf der Straße. Fett sind wir dabei nicht geworden, unser Wohlverhalten war früher nicht käuflich und ist es heute auch nicht. Das zu skizzieren haben wir hinter unsere Namen ein paar Schlagworte in Klammern gesetzt – in einem Kontext, in dem uns niemand peinliche Eitelkeit gescheiterter Politdilettanten unterstellen dürfte.
Unser Text war für uns aus hygienischen Gründen fällig wie Zähneputzen. Uns wären die Zähne ausgefallen, wenn wir nicht endlich zugebissen hätten.

Perspektive: Wir freuen uns, daß die vielen Briefe und Anrufe ganz deutlich zeigen, daß es in der Einschätzung der gegenwärtigen Probleme kaum Unterschiede zwischen Ost- und West-Bürgern gibt. Wer von uns erwartet, daß wir jetzt ansagen werden, wo's langgehen soll, daß wir die neue Fahne schwenken, daß wir nun endlich die ganz richtige Partei gründen werden, die in Kürze den Bundeskanzler stellt, daß wir von einem Revolutionsbüro aus ein Netz revolutionärer Zellen steuern wollen, hat uns mißverstanden.
Wer ohne Angst sagen will, was er denkt, wer nicht von denen da oben belogen, betrogen und für dumm verkauft werden will, wer Politiker sucht, die die Interessen der Bürger vertreten, wer in der kontroversen Diskussion Wahrheit und Lösungen suchen will, wer Überwachungsstaat und Militäreinsätze ablehnt, wer im Grundgesetz mehr als nur ein Stück Papier sieht, für wen Gerechtigkeit ein ernsthaftes Ziel und kein senitimentaler Schmus ist, der kann bei uns Freunde finden, Anregungen zum Nachdenken und Ermutigung, sich nach bestem Wissen und Gewissen einzumischen, auch dann, wenn die Erfolgsaussichten verschwindend gering sind. Wir machen gerade in vielen ganz verschiedenen Lebensbereichen die Erfahrung, daß die Überlegenheit der parlamentarischen Demokratie über die Diktatur mehr vom couragierten Auftreten mündiger Bürger als vom Wahlsieg einer bestimmten Partei abhängt. Nehmen wir die Herausforderung an.

Sebastian Pflugbeil

(1) Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Sie sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht (Vielleicht an Überweisungen? Der Setzer*) gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.* ***(Artikel 38 GG)***

„Über die Listenaufstellung für die Bundestagswahl entscheiden die Landesdelegiertenkonferenzen. Aber den Delegierten ist natürlich das Verhalten der einzelnen Abgeordneten präsent, Und: daß auch zukünftig knappe Regierungsmehrheiten gesichert werden müssen. (...) Jeder, der sich um ein Mandat als Bundestagsabgeordneter bemüht, muß sich darüber klar werden, in welche Situationen er kommen kann. Jeder muß sich darüber klar sein, daß es die SPD ist, weswegen er gewählt wird.“
*(**Franz Müntefering** nach der Bundestagsabstimmung über den Einsatz von Bundeswehrsoldaten in Mazedonien, bei der 19 von 286 SPD-Abgeordneten mit Nein gestimmt hatten.*
„Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ am 2. September 2001)



Foto: Jurino Reetz
Quelle: M.-Domaschk-Archiv Berlin

Aus den Reaktionen zur Erklärung

Günter F., 28. Januar 2002

Brief an M. und C. Führer

Liebe Monika, lieber Christian,
heute habe ich die Satt-Web-Site angeschaut.
Wer ist nun, sieben Wochen nach Publikation des Aufrufs, „aufgerüttelt“ (Monikas Worte) worden? Ein kreischender Appell ohne konstruktiven Ansatz wurde zu einer Zeit, da wegweisende Alternativen mehr als bisher NOT-WENDIG sind, durch die Weihnachtsstuben und durchs Land gejagt und ist verebbt. Ich hoffe, Ihr analysiert die Diskussion im Internet aufrichtig und ehrlich: Fast nur larmoyante, nicht überzeugende Zustimmung ohne fortführende Ideen. Wenn die, die sich für Gleichgesinnte halten, aus dem Aufruf nichts herausschälen und keine Realisierung, keine Weiterentwicklung der Ideen präsentieren können, wer dann? Der Aufruf erntet Ignoranz auf breiter Front, nicht einmal eine spürbare Kontroverse konnte hochgekocht werden. Ich räume die Möglichkeit ein, daß wir alle, die wir unseren Namen für diesen wohl ernst gemeinten, aber ideenlosen Aufruf nie hergegeben hätten, politisch unbedarft oder unchristlich oder gewissenlos sind, oder vielleicht auch zu dumm, um die gut versteckte gute Botschaft des Aufrufs zu erkennen. Aber davon müßt Ihr uns, die wir uns auch ein paar Gedanken machen, jetzt überzeugen.
...Die Stasifunktionäre allerdings fühlen sich durch den Aufruf in ihrer früheren Meinung bestärkt, keine Frage....
Um ehrlich zu sein, lieber Christian, Euer Aufruf an sich hat mich nicht zum Disput angestachelt. Es war vielmehr Dein Kommentar, als Du mir die Kopie in Leipzig gabst, dass mir der Aufruf sicher nicht gefallen würde. Das verlangte Antwort. Gestört am Aufruf hat mich, dass so heftig polemisiert wird ohne jeden Hinweis, wie die Situation zum Besseren verändert werden könnte, denn das hatte ich, wie vielleicht auch andere, nach dem Lesen der ersten Zeilen des Aufrufs erwartet. Wer vor dem Lesen des Aurufs ratlos war, bleibt es auch nachher - bis auf eine Gruppe: Die seit der Wende ratlosen Stasioffiziere werden nach dem Aufruf nicht mehr ratlos sein und sich vor Freude auf die Schenkel schlagen und triumphieren: „Jetzt reden sie fast genau schon so wie wir damals“.
Liebe Grüße nach Leipzig und alles Gute - Euer Günter

Antwort

von Christian Führer (Erstunterzeichner)

Lieber Günter!
Danke für Dein anhaltendes Interesse an „Wir haben es satt“. Ich komme gleich zu Deiner Frage, was nun 7 Wochen nach dem Aufruf passiert sei. Reden kann ich nur über Zusendungen von Menschen, die weder Computer noch Internetanschluss haben (siehe 2.).
1. Ich z. B. freue mich, dass Du Dich so nachhaltig und scharf darüber bzw. dagegen äußerst. Denn das sollte dieses arme Papier: Menschen anstacheln zum Nachdenken mit Kopf und Bauch, Menschen anregen zum Aufregen. Das Schlimmste wäre gewesen, wenn diese unsere Stimme nicht einmal mehr gehört worden wäre, weil die Gesellschaft durch das maschinengewehrhafte Mediengetrommel schon taub geworden wäre. Unsere schrill-schrägen Töne haben Wirkung hervorgebracht. das ist fast mehr, als man heutzutage überhaupt noch erwarten kann in einer Gesellschaft, die sich allenfalls noch durch Ereignisse wie die des 11. September aus dem Schlaf der Sicherheit reißen lässt.
Insofern ist unser Aufruf eben keinesfalls ideenlos, genau so wenig wie Eure Aktion zum Bachfest 1968* in der Kongresshalle. Da ist auch viel guter Staub aufgewirbelt worden, obwohl der allerdings auch nicht 7 Wochen später zur gesellschaftlichen Veränderung der DDR geführt hat.
2. Es gibt viele Leute in unserem Land, die die Möglichkeit dieser real existierenden (Parteien-) Demokratie mit 4 Millionen Arbeitslosen nicht erfolgreich nutzen können bzw. nicht über ausreichende Kraft verfügen, permanente Erfolglosigkeit von Eingaben auszuhalten und aufgrund mangelnder finanzieller Mittel für Rechtsstreitigkeiten bis hin zum Bundesverwaltungsgericht auch auf diese wunderbare Möglichkeit verzichten müssen. Viele dieser Menschen haben Mut gewonnen, weil es Menschen gibt, die sich auch nicht mit einer 2/3-Gesellschaft zufrieden geben wollen.
3. Kein System darf heilig gesprochen werden! Aus Deinen Äußerungen habe ich den Verdacht gewonnen, dass Du mehr oder weniger kritiklos diese Demokratie bejahst, weil Du die Diktatur kennen gelernt hast. Jedes System hat systemimmanente Fehler, die das System selbst nicht bekämpfen kann. So ist auch die real existierende bundesdeutsche Demokratie keine heilige Kuh, die nicht angetastet werden dürfte, besonders, wenn sie träge geworden ist und sich von ihren Ursprüngen entfernt hat. Jedes System muss im Namen und Sinn des alternativen Juden JESUS von Nazareth hinterfragt und vermenschlicht werden. Sollte eine Demokratie dies nicht vertragen oder vertragen wollen, verdient sie diesen Namen nicht.
Ich werde - Dein Einverständnis voraussetzend - diesen Brief als erste Äußerung ins Internet setzen.

Sei herzlich gegrüßt von Christian

** Protestaktion von Studenten gegen die Sprengung der Universitätskirche Leipzig*

Martin Böttger

Sattheit und Hunger in der Politik

Selig sind, die hungern und dürsten nach der Gerechtigkeit, denn sie sollen satt werden. (Matth. 5, 6)

Röhrende Hirsche sah ich schon oft, leider nie in der freien Natur, sondern immer nur auf Ölgemälden in heimatlich-sächsischen Wohnzimmern. Noch nie ist mir jedoch ein röhrender Funktionär begegnet, weder in 40 Jahren DDR noch in 12 Jahren vereinigtem Deutschland. Nun gibt es Leute, von denen ich einige zu meinen Freunden zähle, die glauben, „röhrende Funktionäre“ ausfindig gemacht zu haben: als Gleichschalter von Medien, Parteien, Kultur und Wissenschaft.

Die UnterzeichnerInnen des Aufrufs „Wir haben es satt“ vom 13. 12. 2001 (www.wir-haben-es-satt.de) befürchten offenbar die totale Gleichschaltung, das absolute Mundverbot und wehren sich dagegen, indem sie uns zurufen: „Reden wir mit unseren Kindern und mit unseren Eltern über diesen Krieg, über Gerechtigkeit in Deutschland und der Welt ...“. Die Leser dieses Aufrufes - wenn sie es denn bis zu jener Stelle geschafft haben - dürften jedoch in aller Regel Menschen sein, in deren Familien ohnehin über Krieg, Gerechtigkeit, Rechtsstaatlichkeit geredet wird. Sie dürften sich daher fragen, was denn nun nach dem Reden über Rechtsstaatlichkeit, „die uns zwischen den Fingern zu zerinnen droht“, kommen soll? Kommt jetzt nur die große Verweigerung („wir verweigern uns diesem Krieg“) oder kommt mehr? Wenn jemand schon einmal erfolgreich Kopf und Kragen für eine richtige Sache riskierte, was die Verfasser für sich reklamieren, darf man einiges mehr erwarten, als einen Aufruf ins Internet zu stellen. Ihr habt in der Revolution von 1989 „Kopf und Kragen“ riskiert, um das Büttel- und Spitzelsystem der DDR zu überwinden.

Heute seht Ihr Euch Volksvertretern gegenüber, die Eure „Interessen nicht vertreten und das auch noch als Erfolg feiern“.

Wäre es da nicht an der Zeit, wieder Kopf und Kragen zu riskieren?

Nun bin ich nicht Brecht und meine sprachlichen Ausdrucksmöglichkeiten sind begrenzt. Aber was fange ich mit den verbalen Entgleisungen an, die wortgewaltigen Aufrufern unterlaufen und die nicht nur mir auffallen? Meine Ratlosigkeit steigert sich, wenn ich mir vorstelle, dass Wolfgang Ullmann einen Text unterzeichnete, in dem von der Sorge um den „warmen Arsch“ die Rede ist. Muss ich mir da nicht Sorgen machen?

Hatten wir nicht einmal gemeinsam gehungert und gedürstet nach Gerechtigkeit? Hans-Jochen Tschiche, Mitunterzeichner bei „Wir haben es satt“, war dabei, als wir vom 6. bis 13. August 1983 in der Berliner Erlöserkirche für den Frieden fasteten. Nun, in einer immer noch ungerechten Welt, geht es plötzlich nicht mehr um Hunger, sondern um „Satt-haben“. Aus der Fastenaktion vom August 1983 wuchs der Versuch einer Menschenkette am 1. September 1983 zwischen der sowjetischen und der amerikanischen Botschaft, was für die meisten Teilnehmer in Festnahmen und mehrstündigen Verhören, für mich in zwei Wochen Untersuchungshaft bei der Staatssicherheit endete. Hatten wir die Kraft dazu nicht aus unserem Hunger nach Gerechtigkeit und Frieden geschöpft? Wie kann dann aus dem Satz „Wir haben es satt!“ vergleichbares erwachsen?

Welcher Stolz und welche Würde steckte doch in dem Satz „Wir sind das Volk!“

Welche Enttäuschungen und welche Ohnmacht müssen sich hinter dem Aufschrei „Wir haben es satt“ verbergen! Aus Ohnmacht kann Gegenmacht erwachsen. Ich bezweifle jedoch, dass von diesem politischen Rundumschlag, den Menschen „a.D.“ führen, und der von mir nur als politische Bankrotterklärung verstanden werden kann, nachhaltige demokratische Reformen ausgehen können.

Am Anfang der Ökumenischen Versammlung 1988 für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung in Dresden standen Zeugnisse der Betroffenheit. Hans-Jürgen Fischbeck, Mitunterzeichner vom 13. Dezember 2001, war über die mutige Aktion Reinhard Lampes am 13. August 1986 „25 Jahre Mauer sind genug“ (nachzulesen ebenfalls bei Neubert; Eisenfeld, s.o.) betroffen. Kann irgendjemand über „Wir haben es satt“ in auch nur annähernder Weise betroffen sein? Was soll denn unser langjähriger Freund Helmut Lippelt, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages, denken, liebe MitstreiterInnen aus der Bürgerbewegung, wenn wir angesichts der Verflochtenheit unseres Landes in Terrorismus und Krieg und dem Ringen um eine Friedensordnung für Zentralasien den Bundeskanzler, die Bundesregierung, die Abgeordneten und das „platte Geschwätz auf Parteitagen“ satt haben?

Liebe Freundinnen und Freunde, lasst doch meinetwegen röhrende Hirsche nach der Hirschkuh schreien. Hungrige Menschen schreien nach Nahrung und Gerechtigkeit. Bildungshungrige Mädchen in Afghanistan schreien nach Schulen. Unser Land braucht hungrige Menschen, auch und vor allem für die Politik. Mit Satthabern ist keine Politik zu machen.

Wir haben es satt, weil wir Hunger haben.

Antwort
an Martin Böttger

Lieber Martin,
viele haben uns verstanden – die Reaktionen auf der Web-Seite zeigen es – Du leider nicht, wie Deine Stellungnahme „Sattheit und Hunger in der Politik“ zeigt. Das macht mich betroffen. Viele der Unterzeichner kennst Du, einige zählst Du zu Deinen Freunden. Um so mehr Grund genug, zu fragen: Wie können sie es gemeint haben, so dass doch etwas Richtiges und Bedenkenswertes dran ist? Um ein Beispiel zu bringen: Auch ich habe mich gefragt, wer oder was mit „röhrenden Funktionären“ gemeint ist und fand schnell die Antwort, in dem ich mich erinnerte, dass Parteitagsredner eigentlich fast immer mehr oder weniger brüllen - röhren -, obwohl doch die Tontechnik selbst leise Worte laut und deutlich hörbar machen könnte. Sie argumentieren nicht mit Gründen und Gegengründen, sondern sie haben immer schon gesagt und immer schon gewußt, was richtig ist und dass der politische Gegner dumm oder böswillig ist. Überzeugungskraft wird durch Polemik und schlicht durch Lautstärke ersetzt. Das ist gemeint.

Dich stößt und ärgert „der politische Rundumschlag“ ebenso wie auch Christoph Dieckmann in seiner Stellungnahme in der Zeit vom 3. Jan. 2002. Er kritisiert zwar auch unseren „Sensenschlag“, wie er es nennt, gibt uns aber in ein paar Sätzen in der Sache doch recht und läßt damit erkennen, dass er verstanden hat, was wir gemeint haben. Du siehst offenbar derart Berechtigtes leider nicht und findest auf Deine Frage: „Welche Enttäuschung und welche Ohnmacht müssen sich hinter dem Aufschrei „wir haben es satt“ verbergen?“ keine Antwort.

Gewiss bringt unser Aufruf Enttäuschungen und Ohnmachtserfahrungen zum Ausdruck, primär geht es aber doch um bestürzende Vorgänge auf der politischen Bühne, die den Anspruch erhebt, demokratisch zu sein. Sie werden in unserer Erklärung, wie ich meine, erkennbar und verstehbar angesprochen, und ihnen fühlen wir uns hilflos ausgeliefert und glauben, dass es so auch die Mehrheit der Bürger(innen) empfindet – und das in einer Demokratie, in der diese Mehrheit angeblich das Sagen hat.

Es scheint mir nicht überflüssig zu sein, auf diese Vorgänge noch einmal kurz einzugehen, da Du sie anscheinend nicht so wahrgenommen hast wie wir: Da erklärt der Präsident der USA im völkerrechtlichen Sinne einen „Krieg gegen den Terrorismus“. Da man gegen einen -ismus keinen Krieg führen und gegen Terroristen nur mit polizeilichen und geheimdienstlichen Mitteln vorgehen kann, fügt er, damit ein richtiger Krieg daraus wird, hinzu, als wäre das geltendes Völkerrecht, man werde keinen Unterschied machen zwischen Terroristen und Staaten, die ihnen Unterschlupf gewähren. Dass damit Bevölkerungen, die mit Terrorismus nichts zu tun haben, in mit Blut zu bezahlende Haftung genommen werden, war keine angemessene demokratisch-öffentliche Erwägung wert, ganz zu schweigen davon, dass die Attentäter selbst ihren Unterschlupf z.B. in Deutschland gefunden hatten. „Überraschende Schläge“ mit „allen erforderlichen Mitteln“ werden solchen von den USA zu definierenden „Schurkenstaaten“ angedroht. Um den notwendigen Zustimmungsdruck zu erzeugen, erklärte der Präsident – oft als mächtigster Mann der Welt bezeichnet – „wer nicht für uns ist, der ist für den Terrorismus“. Soll man da nicht auch im Ohr haben, was Samuel Huntington, der geschätzte Autor des Buches „Clash of Cultures“ unlängst warnend sagte: „Zweidrittel der Weltbevölkerung sind gegen die Vereinigten Staaten eingestellt“? Es werden wohl hauptsächlich die Armen der Zweidrittel-Welt sein, die aber doch deswegen noch nicht für den antiamerikanischen Terrorismus sind. Nicht zu bestreiten aber ist – obwohl es eilfertig und kurzschlüssig geschah -, dass die himmelschreiende weltweite Ungerechtigkeit wesentlicher, wenn auch nicht einziger Nährboden für den Terrorismus ist. Es ist so, wie Du sagst: „Hungrige Menschen schreien nach Nahrung und Gerechtigkeit.“ Einige von ihnen – und vielleicht werden es immer mehr – stellen sich lieber als Selbstmordattentäter zur Verfügung als ein aussichtsloses Leben in Elend und ständiger Demütigung zu führen. Der „Krieg gegen den Terrorismus“ wird den Terrorismus anheizen. Er trägt bei zu der unheilvollen Spaltung der Welt in Arm und Reich und gibt ihr nun auch noch eine militärische Dimension.

Im Handumdrehen wurde die US-Kriegserklärung unter Überziehung des Nato-Vertrages zum Bündnisfall. Das Einsatzgebiet wurde potentiell die ganze Welt. De facto wurde ein Weltkrieg erklärt. De facto wurde der US-Präsident ermächtigt, Nato-Truppen, auch deutsche, überall in der Welt einzusetzen. All das vollzog sich hinter dem Schleier der „uneingeschränkten Solidarität“, hinter einem Schleier mächtiger politischer und medialer Stimmungs- und Meinungsmache, die in der Tat Kritiker zum Schweigen brachte und eine weitreichende Gleichschaltung bewirkte. Es hat, wie ich höre, massive Einflussnahmen des Kanzleramtes auf die öffentlich-rechtlichen Medien gegeben. „Mundverbot“ und „Gleichschaltung“ müssen m.E. nicht erst „absolut“ und „total“ werden – wie Du schreibst – ehe man so etwas satt haben kann, denn dann kann man es nicht mehr öffentlich sagen. Dann ist es nämlich zu spät.

All dies führte dann auch zu dem, was ich nur ein Desaster der parlamentarischen Demokratie nennen kann: In einer Bundestagsentscheidung, in der es um nichts Geringeres als um den Kriegseinsatz der Bundeswehr ging, stimmten diejenigen, die dafür sind, dagegen und fast alle, die dagegen sind, dafür. Mit der maßgeblichen Stimme haben viele, wenn nicht die Mehrheit der Abgeordneten etwas anderes gesagt, als sie für richtig hielten. Ist das etwas anderes als Lüge? Selbst in Schicksalsfragen gilt offenbar die Macht mehr als die Sache. Das ist pervers, es tut mir leid, anders kann ich das nicht nennen. So etwas habe ich satt.

Man kann es naiv nennen, die öffentliche Lüge satt und Hunger zu haben, nach dem, was es nach Meinung der „Realisten“ gar nicht gibt, nämlich nach Wahrheit, wenigstens nach einem Minimum an öffentlicher Wahrheit und Glaubwürdigkeit. Wahrheit – so sagen diese postmodernen Zyniker – gibt es doch gar nicht, sondern nur Interessen. Jeder vertritt eben seine (Macht-) Interessen, na und?

Nach 40 Jahren Staatssozialismus, der die Lüge institutionalisierte und nicht zuletzt an seiner Verlogenheit zugrunde ging, hatten wir mit Vaclav Havel die Hoffnung, dass „in der Wahrheit (zu) leben“ in einer rechtsstaatlichen Demokratie wenigstens im Großen und Ganzen möglich sei. Ich glaube das noch immer. Ich glaube aber auch, dass Demokratie nur gedeihen und Bestand haben kann, wenn sie – recht verstanden – „in der Wahrheit leben“ kann. Was aber die real existierende „vermarktete“ Demokratie betrifft, so habe ich diese Hoffnung weitgehend verloren. Wenn Politik von Werbeagenturen vermarktet wird, wird nur der Konsument im Menschen, nicht aber der vernünftige Bürger, der er auch ist, angesprochen mit Parolen, die noch inhaltsärmer sind als die – freilich falschen – Losungen der SED. Dies ist nur ein Symptom der um sich greifenden Kommerzialisierung der Gesellschaft. Litten wir in den 40 Jahren der DDR unter einer *Verstaatlichung* der Gesellschaft, so haben wir es heute mit ihrer fortschreitenden *Vermarktung* zu tun, deren Ergebnis ebenfalls das Ende der Demokratie sein wird. Selbst konservative Beobachter sehen das so wie etwa der Biologe Hans Mohr, der unlängst schrieb: „Das Ende des Politischen ist absehbar. Politik löst sich auf in Technologie und Ökonomie.“ Das Ende des Politischen - was ist das anderes als das Ende der Demokratie? Das ist es, was uns der Vergleich von damals und heute zeigt: große Unterschiede – Vermarktung vs. Verstaatlichung -, aber auch fatale Parallelen.

Mit Recht fragst Du und etliche andere: „Kommt jetzt nur die große Verweigerung oder kommt mehr?“ Wo bleibt eine konstruktive Alternative? Diese Frage ist nur zu berechtigt. Vielleicht erinnerst Du Dich an ein Papier von Heiko Lietz, Wolfgang Ullmann und mir, in der wir unter dem Titel „Charta 99“ Bilanz zogen über „Menschenrechte in der Menschheitskrise“. Darin war nicht nur Kritik enthalten, sondern auch Konzepte und Visionen für den Ausweg aus der Krise. Wir sahen damals vor 2 ½ Jahren keine vernünftige Möglichkeit, dieses in einem anderen Stil geschriebene Papier mit Aussicht auf Beachtung an die Öffentlichkeit zu bringen. Unsere Einschätzung war: So etwas interessiert die Medien überhaupt nicht.

Nun aber dieser Aufschrei – Du charakterisierst es richtig – „wir haben es satt“. Konzepte und Visionen kann man nicht „aufschreien“. Ein anderer, nicht sehr verständnisvoller Kritiker meint, wir würden „brüllen“. Nun ja, nach meinem Verständnis des Aufrufs gefragt, würde ich sagen: Es ist ein „Zeugnis der Betroffenheit“. Du selbst hast mich darauf gebracht, als Du in Deiner Stellungnahme an mein Zeugnis der Betroffenheit zur Eröffnung der Ökumenischen Versammlung der DDR am 13. Februar 1988 erinnertest.

Du bringst in Deiner Stellungnahme „Sattheit und Hunger in der Politik“ unser „Satt Haben“, wie ich finde, unzulässig in einen Gegensatz zu „Hunger nach Nahrung, Gerechtigkeit und Bildung“. Ich hoffe, deutlich gemacht zu haben, dass wir es satt haben, weil wir Hunger nach Wahrheit haben, wenigstens nach einem Minimum an öffentlicher Wahrheit. Wo Wahrheit nicht ist, ist keine Gerechtigkeit. Wo keine Gerechtigkeit ist, ist kein Frieden.

Auf besseres Verstehen hofft

Dein Hans-Jürgen Fischbeck

Antwort auf den Brief des OV Bündnis 90/Die Grünen, Stuttgart-Sillenbuch

(Die Antwort ist jeweils kursiv und fett an die diskutierten Stellen des Briefes eingefügt.)

Liebe Bürgerrechtler,

Mit Interesse haben wir Euren Aufruf gelesen und diskutiert. Viele Eurer Einwände können wir gut verstehen oder finden sie richtig; wir sind aber auch froh, dass in diesem Land mit der von Euch so geringgeschätzten Demokratie...

Das ist ein Mißverständnis – wir schätzen die Demokratie sehr, sehen sie nur in unserem Land mehr und mehr zu einem Tarnnamen für etwas ganz anderes verkommen.

...Ihr Euch (wie jede/r) frei äußern könnt-

Was ist mit den Schülern und Lehrern, was mit den Springer-Journalisten, was mit U. Wickert?

- und Euch niemand zwingt, in einen Krieg, egal wohin, zu ziehen.

Wir sind überwiegend schon etwas aus dem Soldatenalter raus, haben zu einem großen Teil zu DDR-Zeiten gegen das sozialistische Säbelrassen gestanden, hatten aber zu DDR-Zeiten tatsächlich keinen einzigen Einsatz der Nationalen Volksarmee im Ausland. Jetzt sieht es so aus, als ob das Routine wird. Ich frage Euch, wie Ihr zu dem Kriegseinsatz steht, ist er das Mittel der Wahl, mit welcher Position seid Ihr nach Rostock gefahren, wie habt Ihr dort abgestimmt? Könnt Ihr das Rechenstückchen der acht Aufrechten nachvollziehen?

Die Aussage : „Wir haben es satt“, ist leider nicht sehr hilfreich, da Ihr keine Vorschläge macht, was anders gemacht werden könnte. Wir haben auch schon sehr oft gedacht „wir haben alles satt“, aber nach inigem Nachdenken doch unsere politischen Möglichkeiten genutzt und uns doch wieder eingebracht, denn Verweigerung und Rückzug bringt keine Änderung.

Wir haben nicht einer tumben Bauchpinselei wegen zu unseren Namen Klammern angegeben, in denen – sehr unvollständig – angedeutet wird, daß wir Leute sind, die sich im Zweifelsfall einmischen, auch wenn es dafür kaum Blumen gibt. So haben wir auf den Kriegsbeteiligungsbeschluß laut reagiert. Wir haben den Otto-Katalog seziert. Ich habe in der Zeit der Rot-Grünen Koalition große Erwartungen in den Atomausstieg und die neue Strahlenschutzverordnung gesetzt und mit einem sehr hohen Aufwand versucht, daran mitzuarbeiten. Meine Erfahrungen mit Rot-Grün zu diesem Thema sind niederschmetternd. Sie decken sich mit den Erfahrungen, die die großen Umweltverbände, die IPPNW, die Gesellschaft für Strahlenschutz, Greenpeace, die vielen kritischen Wissenschaftler, die die Grünen über viele Jahre mit Argumenten versorgt haben, gemacht haben. Arroganz, Ignoranz, Desinteresse und Desinformation in der Grünen Führung. Der Atomausstieg ist nichts anderes als eine Profitgarantie für die Betreiber, die Versicherung der Kernkraftwerke ist lächerlich verbessert worden, der Katastrophenschutz ist eine Katastrophe, die neue Strahlenschutzverordnung ist die schlechteste in der Geschichte der Bundesrepublik, im Bereich der Wismut (Uranbergbau DDR) gilt immer noch DDR-Strahlenschutz, weil das billiger ist, der Schutz Schwangerer und Jugendlicher wird abgebaut usw.usw. Das waren immerhin grüne Spitzenthemen – die kostbare Zeit der vermutlich auf lange Zeit einzigen und letzten rot-grünen Koalition wurde schlichtweg verschenkt. Bei diesen Themen weiß ich genau, worüber ich rede. Ihr könnt das im Strahlentelex nachlesen oder unter www.gfstrahlenschutz.de.

Ihr werft alle Parteien in einen Topf, dabei bedenkt Ihr nicht, dass gerade die Menschen in den östlichen Ländern unserer Bundesrepublik sehr konservativ die alten Parteien, seien sie links oder rechts, wählen!

Liebe Leute, was meint Ihr denn, weshalb die Leute im Osten so selten Grün wählen! Wir sind doch wirklich in der Zwickmühle – wir waren wirklich froh, daß die Ära Kohl zuende ging. Vertritt Schröder Eure Interessen oder eher die der Großindustrie? Ich werde ihm nicht

nachweinen, auch wenn mir schwül wird, wenn ich an seinen Nachfolger denke. Aber das ist ja ein Kernpunkt unserer Kritik – es ist völlig wurscht, wen wir wählen – er wird die Reichen reicher und die Armen ärmer machen, zu den Reichen gehören wir leider nicht.

Vielleicht spielt bei uns Ossis auch eine Rolle, daß wir selbst oder unsere Freunde erhebliche Rechtfertigungsnöte hatten, weshalb man in der Partei (SED) war. Ein Grund wurde gerne angegeben, daß man die Zustände und die Partei nur von innen verändern kann. (So ähnlich wurde auch über die Mitgliedschaft in der NSDAP geredet). Dabei spielte auch eine Rolle der "warme Arsch" – es war nicht schlecht für die Karriere, wenn man Genosse war, es war sicher nicht gut oder gar schlecht, wenn man aus der Partei austrat. Also zimmerte man sich eine einigermaßen vorzeigbare Legende, weshalb man in der Partei war. Eine Rolle spielte sicher auch das an sich nicht schlechte Gefühl von Solidarität mit politischen Freunden und schließlich die Illusion, die Partei verändern zu können. Es geht mich überhaupt nichts an, weshalb Ihr bei den Grünen seid, ich will Euch auch nicht zu Massenaustritten verführen. Aber eine gewisse Mitverantwortung für Fehlleistungen seiner Parteioberen hat man schon, wenn man sie nicht korrigieren kann und auch nicht aus der Partei austritt.

Wir als Grüner Ortsverband aus Stuttgart hätten uns sehr gewünscht, dass bei der letzten Bundestagswahl die grüne Partei mit mehr Stimmen in die Koalition hätte eintreten können, dann hätte eine andere Politik mehr Profil entwickeln können.

Glaubt Ihr wirklich, daß Trittin ein anderer Trittin oder Fischer ein anderer Fischer geworden wäre? Hätte es vielleicht dann keinen Kriegseinsatz gegeben? Der von Euch zu Recht genannte Profilmangel würde kaum anders aussehen.

Was passiert wäre, wenn eine andere Parteienkonstellation an der Regierung gewesen wäre und die Probleme auf dem Balkan und in Afghanistan zur Debatte gestanden wären, kann man sich gar nicht vorstellen! Es ist doch allein dem vorsichtigen Herangehen von Joschka Fischer u.a. zu danken, dass die verschiedenen Konflikte nicht noch mehr eskaliert sind. Es wäre sicher weniger bedenklich diskutiert und vielleicht auch schneller kriegerisch reagiert worden.

Seid Ihr da sicher? Könnt Ihr Euch nicht vorstellen, daß Ihr im Bundestag ein mörderisches Geschrei angestimmt hättet, wenn etwa CDU und FDP die Kriegsbeteiligung zur Debatte gestellt hätten? Oder einen solchen Atomscheinausstieg? Eine solche Strahlenschutzverordnung? usw. Ich bin wirklich ehrlich davon überzeugt, daß die Grünen in der Opposition so schlecht nicht waren. Der Protest der Grünen, der PDS und von Teilen der SPD hätte vieles, was jetzt fast glatt durch den Bundestag gepeitscht werden konnte, unkalkulierbar riskant für eine schwarze Regierung werden lassen. Mit der Glaubwürdigkeit Eurer grünen Thesen in der Vergangenheit habt Ihr nach den heutigen Entscheidungen ein Problem, in dem Ihr nun mit der PDS gleichauf liegt. Die PDS hat eine dunkle Vergangenheit und macht jetzt ganz vernünftige Positionen, bei Euch ist es umgekehrt, Ihr hattet früher vernünftige Thesen und seid jetzt zu Schröders Blinddarm verkümmert – schwer zu sagen, was appetitlicher ist.

Es war von niemandem vorauszusehen oder zu ahnen, dass solch ein Attentat verübt würde, obwohl schon vor Jahren dieser ominöse Anschlag mit dem Sprengstofflastwagen im World-Trade-Centrum stattfand. Der damals schuldige blinde Mullah kam ins Gefängnis, er wurde rechtstaatlich verurteilt.

Terror ist seit Jahrzehnten ein international erkanntes ernstes Problem. Für die Grünen war sehr richtig die Unschützbarkeit von Kernkraftwerken gegen Krieg und Terror ein altes gravierendes Argument gegen Kernkraftwerke überhaupt. Was haben die Grünen nach dem Schock des 11.9. bezüglich der Kernenergienutzung auf die Beine gebracht? Bis heute gibt es nichtmal die Jodtabletten, geschweige denn eine deutlich zügigere Verabschiedung von dieser Teufelstechnologie. Es liegt doch auf der Hand, daß der nächstgemeine Anschlag eine kerntechnische Anlage zum Ziel haben kann. Das wissen wir – und Rot-Grün steckt den Kopf in den Sand.

Es kann nicht ohne Entschlossenheit diesem menschenverachtendem Denken und Handeln begegnet werden, trotz aller, auch von den Regierungen der westlichen Staaten gemachten Fehlern. Es würden und werden womöglich noch mehr solche Angriffe stattfinden und kein Mensch kann garantieren, dass nicht noch mehr Terrorakte verübt werden; auch nicht wenn nicht militärisch reagiert worden wäre, im Gegenteil, die Terroristen wären geradezu motiviert worden, dem „Westen" zu zeigen, wer die Welt in Atem halten kann.

"Entschlossenheit" – ist das nicht so ein Jokerwort, das man verwendet, wenn einem nichts Gescheites einfällt? Was soll das heißen? Muß das ein zig Milliarden Dollar schwerer Militäreinsatz sein?

Was haltet Ihr denn davon, mal über die Motive der Terroristen nachzudenken und möglicherweise den Stil der bisherigen amerikanischen Außenpolitik und der Globalisierung auf den Prüfstand zu schicken? Wie schätzt Ihr denn ein, daß die Amerikaner die schon damals als gefährlich und frauenverachtend bekannten Taliban erst in den Sattel gehoben haben? Im übrigen haben die Amerikaner das nicht viel anders mit Saddam Hussein gemacht, bevor sie gegen ihn Krieg führten. Was bliebe an Stoff für diesen sinnlosen Krieg gegen Lehmhütten, wenn Ihr die Öl-Fragen weglaßt? Wäre es nicht an der Zeit, mal die Terroristen und ihre Verbindungen zu den Geheimdiensten der Großmächte zu diskutieren?

Macht mir doch mal den Unterschied eines Bombardements mit international geächteten Streubomben und anderen Kalibern auf völlig unbeteiligte Zivilisten, Rot-Kreuz-Einrichtungen, Lebensmittellager, Energie- und Wasserversorgung auf der einen und dem Anschlag auf die beiden Türme auf der anderen Seite klar.

Ich habe nichts dagegen, daß die Verantwortlichen mit polizeilichen Mitteln gesucht werden, ihnen vor einem internationalen Strafgerichtshof ein fairer Prozeß gemacht wird und ein hartes Urteil gefällt wird, wenn die vorgelegten Beweise das Gericht von der Schuld der Angeklagten überzeugen.

Das Wort von der „uneingeschränkten Solidarität" halten auch wir für falsch. Wir verstehen allerdings, dass es damals wohl aus der Erschütterung über diese schlimme Tat und aus der Verpflichtung gegenüber den Verbündeten zustande kam.

Den von Euch entdeckten Ausbau der westlichen Geheimdienste kann man doch nicht der rot-grünen Regierung vorwerfen.

Was ist mit dem Otto-Katalog? Sprach er Eure Sprache? Wenn nicht – habt Ihr mit Erfolg versucht, den Otto-Katalog zu verbessern? Seid Ihr mit dem Ergebnis zufrieden?

Übrigens, wer hat süffisant und höhnisch über Eure Sehnsucht nach Gerechtigkeit gelacht ?

Da könnte ich Euch etliche Situationen aus eigenem Erleben mit Namen und Adressen nennen. Am lautesten haben die Juristen gelacht. Vielleicht erinnert Ihr Euch an den Satz von Bärbel Bohley, der genau das Problem traf, und die Reaktion in den Medien und von Politikern aller Richtungen darauf: "Wir wollten Gerechtigkeit und haben den Rechtsstaat bekommen." Das ist wirklich keine polemische Übertreibung.

Die „vermeintlichen Anstifter", wie Ihr sie zu nennen pflegt, haben sich in der Zwischenzeit zu ihrer Tat bekannt.

Wenn Ihr das Video von Bin Laden meint - Habt Ihr die Analysen der Übersetzung in MONITOR studiert? Unter Euch sind sicher Juristen – würden diese Materialien vor irgendeinem Gericht der Welt als Beweis ausreichen? Glaubt Ihr, daß die USA handfeste Beweise haben – sie aber nur eben nicht veröffentlichen möchten?

Die Behauptung, deutsche Politiker begeisterten sich für die Todesstrafe, ist eine Verleumdung (jedenfalls wenn Ihr grüne Politiker damit meinen solltet, aber auch in anderen Parteien).

Bisher war es so, daß Kriminelle, die im Ausland mit der Todesstrafe rechnen müssen, nicht von Deutschland ausgeliefert werden. Ihr könnt in den Medien nachlesen, daß deutsche Spitzenpolitiker bei nicht nur einer Gelegenheit akzeptiert haben, daß nicht nur die "vermeintlichen Anstifter" militärisch liquidiert werden – das verstehe ich als Todesstrafe vor dem Gerichtsverfahren, also auf Verdacht. Das ist ein Rückfall ins Mittelalter. Daß man nebenbei billigend in Kauf nimmt, daß es dabei tausende – niemand wird sich ernsthaft die Mühe machen, sie zu zählen – völlig unbeteiligter Zivilisten, Alte, Frauen und Kinder gibt, die dabei mit umgebracht werden, ist noch schärfer als Todesstrafe.

Auch dass eine angebliche Diskussion um die Anwendung der Folter salonfähig würde !

Mit diesen Aussagen disqualifiziert Ihr alle Eure Anliegen !

Das wurde in den USA ernsthaft diskutiert, man hat überlegt, die zu folternden Leute z.B. nach Frankreich zu bringen und sie von den im Foltern von Algeriern erfahrenen Freunden dort foltern zu lassen. Habt Ihr einen deutlichen Widerspruch der politischen Klasse in Deutschland gehört? Wie bewertet Ihr, daß die USA seit Jahren die Einrichtung des internationalen Strafgerichtshofes behindern und deutlich erklären, daß sie niemals einen Amerikaner an ein solches Gericht übergeben würden?

„Das platte Geschwätz auf Parteitagen" empfinden wir als geradezu beleidigend, wenn man den Grünen Parteitag in Rostock betrachtet. Eine gründlichere und verantwortungsvollere Diskussion und Entscheidungsfindung ist unseres Erachtens kaum vorstellbar! Wie soll oder kann Demokratie nach Eurer Ansicht funktionieren, mit welcher Art von Diskussion und welcher Behandlung unterschiedlicher Meinungen? Bei einem notwendigen Beschluss zählt schließlich die Mehrheitsposition, gleich ob im Ortsverband, Gemeinderat, Parteitag oder im Parlament.

War es nicht so, daß die grüne Basis mit großer Mehrheit gegen den Kriegseinsatz war? Hatten sich nicht fast alle Landesverbände gegen den Kriegseinsatz geäußert? Dann kam in Rostock eine Rede von Joschka Fischer, sehr laut und sehr faltig – das gewichtigste Argument war die Androhung eines FDP-Außenministers – und schon war die Sache gelaufen. Wenn das für Euch normal ablief, dann laßt Euch sagen, daß wir uns für Euch geschämt haben. Es ging doch nicht um die Breite von Fahrradwegen oder glückliche Hühnereier, sondern um Krieg, verdammt nochmal.

Mit Verweigerung kommt niemals eine andere Mehrheit zu Stande; damit käme auch der Rechtsstaat, den Ihr so verdächtigt, in Gefahr! Es ging auch bei der rot-grünen Entscheidung für den Einsatz in Afghanistan nicht um die Sorge um den „eigenen warmen Arsch", sondern im Grunde um Maßnahmen gegen die Gefährdung des Weltfriedens (im übrigen in einer gemeinsamen Anti-Terror-Allianz in einmaliger Breite - incl. Russland, China und einer großen Zahl islamischer Staaten und begleitet mit einstimmigen Beschlüssen des UNO-Sicherheitsrats, schaut das jüngste Unterstützungsangebot Kubas-12.1.02- an!).

Geht es Euch wirklich so glatt runter, den Weltfrieden mit der Bombardierung eines Lehmhüttenlandes schützen zu wollen? Das ist doch Ettikettenschwindel! Es fängt doch schon an, daß andere Staaten die Argumentation der Amerikaner aufgreifen (Israel/Palästinenser und Indien/Pakistan). Niemand wird Putin mehr nach Tschetschenien fragen. Praktisch stellt der mit der größeren Faust fest, daß der andere der Terrorist ist, und dann haut er drauf. Stellen wir uns so die künftige Weltfriedensordnung vor? Ich empfehle Euch sehr die Ausstellung über die Kriegsverbrechen der Wehrmacht, mir sind wieder und wieder die Parallelen mit der gegenwärtigen Situation durch den Kopf gegangen: Verabschiedung von den international gültigen Spielregeln zum Krieg, tendenziöse Verzerrung des Gegners in der Propaganda, Zerstörung der Lebensgrundlagen der Bevölkerung, nicht nur Sieg – sondern Vernichtung, Märchen zur Rechtfertigung der Brutalität. "Ab Null Uhr wird zurückgeschlagen". Seht Euch mal die Haager Landkriegsordnung und ähnliche Papiere an und bildet Euch eine Meinung dazu.

War es nicht tatsächlich so, daß die Regierungsparteien im Bundestag nicht allein die Mehrheit für den Kriegseinsatz zusammengebracht hätten, wenn es die "warmen Ärsche" nicht gegeben hätte – konkret haben rund 20 Leute aus SPD und Grünen zu Protokoll gegeben, daß für sie die Regierungsbeteiligung wichtiger war, als ihrem Gewissen zu gehorchen, wozu sie nach dem Grundgesetz verpflichtet gewesen wären, und gegen den Kriegseinsatz zu stimmen.

Ihr erwähnt den UN-Sicherheitsrat – er hat Verschiedenes, aber definitiv keinen Kriegseinsatz gegen Afghanistan beschlossen.

Die Gerechtigkeit in der Welt und in Deutschland, und unsere Rechtsstaatlichkeit wird nur mit Reden in der Familie, wie Ihr es vorschlagt, nicht verteidigt bzw. gewonnen.

Das ist ein allerdings ernstgemeintes Bild. Die Leute, die heute mit Krieg nach der neuen Rolle Deutschlands in der Welt gieren, haben Stalingrad, Dresden oder Hiroshima nicht mehr aus eigenem Erleben im Hirn eingebrannt. Wir haben den fatalen Eindruck, daß die Erinnerung an das, was Krieg tatsächlich bedeutet, in der Gesellschaft durch den Generationenwechsel (ohne bösen Willen) verblaßt. Unsere Kinder interessieren sich durchaus für die Erzählungen der Alten von früher. Lassen wir niemals in Vergessenheit geraten, was Krieg ist, wie man die Bevölkerung zur Kriegsbegeisterung bringt und daß die Zeche von der Zivilbevölkerung bezahlt wird.

Widersprechen in der Demokratie ist geradezu Pflicht - aber nicht nur widersprechen - sondern kritisch mitarbeiten und Mehrheiten im eigenen Sinn gewinnen!

Wir haben mit der Erfahrung vom Kippen der Grünen in ihren Kernthemen weiter an Hoffnung verloren, daß überhaupt eine Parteistruktur in der Lage wäre, die Karre aus dem Dreck zu ziehen. Ihr verhaltet Euch in den wesentlichen Fragen nicht besser als die klassischen Parteien. Das sehen auch jene unter uns als Tragödie an, die nie Mitglieder Eurer Partei waren – Ihr habt die Hoffnung zerstört, daß es vielleicht doch möglich sein könnte, durch Parteimitgliedschaft oder die Gründung einer neuen Partei die Welt zu verbessern. Es scheint in der Natur von Parteistrukturen zu liegen, daß am Ziel der typischen Ochsentour, an den klebrigen Hebeln der Macht eben eher ein Ochse (daher "Ochsentour"), oft ein Chamäleon, aber nur sehr selten ein Lerche ankommt. Wer dann da oben ankommt muß einfach mit einem angemessenen Posten versorgt werden, eine Qualifikation, eine Ausbildung dafür braucht man nicht, nur entsprechende Berater. Daß das ein Problem darstellt, kann wohl niemand ernsthaft bestreiten. Nun hat auch noch die Grüne Oberschicht gründlich das Band zu der Euch wohlgesonnenen Gruppierung der Fachleute auf verschiedenen Gebieten faktisch zerschnitten, das ist ein schwerer Schaden, für dessen Reparatur man sehr sehr lange brauchen wird, wenn das denn überhaupt geht und man denn den Schaden überhaupt als Schaden empfindet.

Stuttgart, den 17.1.2002

Freundliche Grüße
Im Auftrag des Ortsverbands von Bündnis 9O/Die Grünen Stuttgart-Sillenbuch
Karsten Hoffmann (OV-Sprecher)

Ihr seid die bisher einzige B90/Grüne Struktur, die unseren Handschuh aufgenommen und auf unsere Vorwürfe geantwortet hat. Dafür danke ich Euch – auch wenn wir unterschiedlicher Meinung sind. Die Diskussion über die bestehenden Mißstände ist der notwendige erste Schritt, vielleicht fällt uns gemeinsam etwas ein, wie wir in eine ganz andere Richtung und mit ganz anderen Mitteln Politik machen können.

Mit freundlichen Grüßen
Sebastian Pflugbeil
17.1.02

P.S. Was haltet Ihr von der Artikelserie von Mathias Bröckers mit dem Titel "The WTC Conspiracy"? Ihr findet sie im Internet unter www.heise.de/tp/. Die Fragen, die ich in der Antwort auf Euern Brief gestellt habe, sind für mich echte Fragen – Eure Antwort würde mich schon interessieren.

Impressum
V.i.S.d.P.: Reinhard Schult
Kontakt:
Haus der Demokratie und Menschenrechte
Greifswalder Str. 4
10405 Berlin
Fax: (030) 204 12 63
e-mail: post@wir-haben-es-satt.de
www.wir-haben-es-satt.de

Wir haben vor, die Diskussion weiterzuführen – vorerst im Internet, per Fax und Brief und auch mit weiteren Zeitungsbeilagen. Diese kosten Geld, und wir sind (weiterhin) auf die Unterstützung von Einzelnen wie von Vereinen und Organisationen angewiesen. Wer zum Gelingen dieses Vorhabens auch finanziell beitragen möchte, den bitten wir um Spenden unter dem Stichwort „Satthaben" auf das Konto des Neuen Forum Berlin, Konto-Nummer 7183965801 bei der Berliner Bank (BLZ 100 200 00).